

Malta

HEINZ-JÜRGEN AXT

Könnte Malta ein „zweites Luxemburg“ in der EU werden? Auf der Mittelmeerinsel leben 376.318 Menschen, in Luxemburg sind es 416.000. Mit der geringen Bevölkerungszahl enden aber auch schon fast die Parallelen. Luxemburg hat eine Einwohnerdichte von 161 pro km², während es in Malta immerhin 1.189 Einwohner pro km² sind. Malta ist nach Monaco und Singapur das am dichtesten besiedelte Land der Welt, was erhebliche Probleme z.B. im Umweltschutz nach sich zieht. Malta ist zwar wie Luxemburg ebenfalls eine funktionierende Demokratie, aber anders als im Großherzogtum trennen tiefe politische Gegensätze die konservative Nationalist Party unter Edward Fenech-Adami und die sozialistische Labour Party unter Alfred Sant. Während die Sozialisten euroskeptisch bis antieuropäisch eingestellt sind, befürworten die Konservativen Malts EU-Beitritt. Politiker der derzeit oppositionellen Labour Party haben bereits angekündigt, dass sie sich nicht an eine Volksabstimmung gebunden fühlen, wenn sich diese für den EU-Beitritt aussprechen sollte.¹ Stimmung gegen die EU machen die Sozialisten u.a. damit, dass die Industrie wenig wettbewerbsfähig ist, dass also Arbeitsplätze gefährdet sind, und dass viele der derzeitigen staatlichen Subventionen aufgegeben werden müssten, gleich ob sie die Industrie, die Gesundheitsvorsorge oder etliche Grundnahrungsmittel betreffen.² Schließlich pochen die Sozialisten auf die Neutralität, während die EU gerade dabei ist, ihre verteidigungspolitische Identität zu stärken. Wenig Begeisterung hat in der EU auch die Forderung des maltesischen Präsidenten ausgelöst, nach einem Beitritt seiner Insel zur EU müsse Malti, ein semitisches Idiom, Amtssprache der EU werden, obwohl auf Malta Englisch die Sprache der Verwaltung ist.

Der Europäische Rat von Helsinki hat im Dezember 1999 beschlossen, auch mit Malta Beitrittsverhandlungen aufzunehmen. Die Kommission geht davon aus, dass bis Mitte 2000 mehr als die Hälfte der 31 Kapitel in den Verhandlungen abgeschlossen sind. Die Vorgeschichte ist schon reichlich kurios: Am 16. Juli 1990 hatte die EU das Beitrittsgesuch Malts entgegengenommen. Die Kommission kam am 30. Juni 1993 zu einer positiven Stellungnahme. In Cannes bekräftigte der Europäische Rat am 26./27. Juni 1995, dass sechs Monate nach Abschluss der Regierungskonferenz zum Vertrag von Amsterdam die Beitrittsverhandlungen aufgenommen werden sollten. Doch die Sozialisten gewannen die Wahlen von 1996 und zogen den Beitrittsantrag zurück. Auf dem Assoziationsrat vom 28. April 1998 wurde dann die Errichtung einer Freihandelszone mit einer dreijährigen Übergangszeit vereinbart.

Nachdem bei den Parlamentswahlen vom 5. September 1998 die Nationalist Party 51,8% der Stimmen erringen und erneut die Regierung stellen konnte, kün-

DIE ERWEITERUNG DER EUROPÄISCHEN UNION

digte diese umgehend die Erneuerung des Beitrittsantrags zur EU an. Außerdem verpflichtete sich die Regierung darauf, den Ausgang der Beitrittsverhandlungen durch ein Referendum bestätigen zu lassen. Der Europäische Rat von Wien begrüßte am 12. Dezember 1998 diese Entwicklung, so dass die Kommission bereits am 17. Februar 1999 eine aktualisierte Fassung ihrer erstmalig 1993 vorgelegten Stellungnahme präsentieren konnte.³ So wie schon 1993 hatte die Kommission bezüglich der politischen Beitrittskriterien keine Vorbehalte anzubringen.⁴ Im Bereich der Ökonomie werden dagegen etliche Schwachstellen ausgemacht: Der Haushalt muss konsolidiert werden, der öffentliche Sektor arbeitet nicht effizient genug, der öffentliche Dienst und der Finanzsektor müssen grundlegend umstrukturiert werden. Gegenwärtig hätte Malta erhebliche Probleme dem Wettbewerbsdruck in der EU standzuhalten. Wenn die für erforderlich gehaltenen Reformen umgesetzt werden, sollte Malta nach Auffassung der Kommission auf mittlere Sicht zum Beitritt befähigt sein. Beim Binnenmarkt und der Wirtschafts- und Währungsunion sind noch erhebliche Anstrengungen vonnöten, um den *acquis communautaire* zu übernehmen. Im Bereich der Zusammenarbeit in der Justiz- und Innenpolitik werden noch erhebliche Anpassungsleistungen erwartet. Bei der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik werden der neutrale Status Maltas, seine engen Bindungen an Libyen und die Tatsache, dass sich die Insel keinem Non-Proliferations-Regime angeschlossen hat, als Probleme gewertet. Kritisch wird auch angesprochen, dass die von 1996 bis 1998 regierende Labour Party die Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden der NATO ausgesetzt und den Dialog mit der WEU beendet hat. Dass die Gefahr einer erneuten Kehrtwendung der maltesischen EU-Politik nicht von der Hand zu weisen ist, bestätigt indirekt auch der Botschafter Maltas: „Die Amtszeit der jetzigen Regierung dauert bis 2003 und wir hoffen, dass wir bis dahin Mitglied der Europäischen Union sein werden.“⁵ Da ein solch früher Termin aber alles andere als realistisch sein dürfte, kann Malta für erneute Überraschungen sorgen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Der Spiegel, 1.11.1999, S. 198; Financial Times v. 6.10.1999, S. M1.
- 2 Auch müssten Studenten wohl auf ihre eltern-unabhängige Förderung von rund 300 DM im Monat verzichten, die derzeit noch allen Studierenden gewährt wird.
- 3 Als Berichterstatter des Europäischen Parlaments bemängelte die irische Sozialistin Bernie Malone gleichwohl die „Langsamkeit der Kommission und des Rates“. Vgl. Agence Europe, 17.4.1999, S. 11.
- 4 Europäische Kommission, Bericht zur Aktualisierung der Stellungnahme der Kommission zum Beitrittsantrag von Malta, KOM(1999) 69 endg. v. 17.2.1999.
- 5 Vgl. Der Glaube an die europäische Idee darf nicht gefährdet werden. Interview mit Botschafter Carmel J. Aquilina vom 11.3.1999, Botschaft der Republik Malta in Bonn, in: Streitkultur, hrsg. v. Verein für politische Bildung und Information e.V., Bonn 1 (1999), S. 21f.

Weiterführende Literatur

Allen, Tim, Malta und die EU, Luxemburg 2000 (Amt für amtliche Veröffentlichungen, Statistik kurzgefaßt: Außenhandel).
Günther, Maren, Malts Beitritt zur Europäischen

Union – Eine Bewertung aus Sicht des Europäischen Parlaments, in: Streitkultur, hrsg. v. Verein für politische Bildung und Information e.V., Bonn 1 (1999), S. 12f.